

16. Landtag von Baden-Württemberg, 89. Sitzung

Donnerstag , 4. April 2019, 09:30 Uhr

Rede

des Verkehrspolitischen Sprechers

Thomas Dörflinger MdL

zum

**Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des
Ministeriums für Verkehr – 50 weitere Probeentnahmestellen in
Stuttgart sowie angekündigte Garantie einer
Regierungsfraktion, Euro-5-Diesel von Fahrverboten
auszunehmen**

Es gilt das gesprochene Wort.

Thomas Dörflinger MdL:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die CDU-Landtagsfraktion steht für eine Mobilitätspolitik, die sich ausschließlich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Deshalb wehren wir uns als CDU auch gegen jede

Art von Verkehrspolitik, die bevormundet und einzelne Verkehrsträger gegeneinander ausspielt. Genau aus diesem Grund gilt für die CDU: Mit uns wird es keine flächendeckenden Fahrverbote für Euro-5-Diesel geben.

Natürlich wären wir bereits einen großen Schritt weiter, wenn das Verkehrsministerium das Rechtsmittel der Berufung nicht aus der Hand gegeben hätte. Umso mehr werden wir alles unternehmen, damit die Grenzwerte eingehalten werden, und zwar ohne flächendeckende Fahrverbote.

Die Auseinandersetzung in der Koalition war sicherlich nicht konfliktfrei, brachte am Ende aber gute Ergebnisse. Gab es bisher keine Ausnahmeregelungen für Park-and-Ride-Anlagen, so können nun 16 Park-and-Ride-Anlagen angefahren werden. Auf unsere Initiative hin werden nun zusätzlich 40 neue Messstellen in Stuttgart aufgebaut, bei denen die europarechtlichen Spielräume auch besser ausgenutzt werden. Nach den Prognosen spricht vieles dafür, dass wesentliche Überschreitungen nur noch am Neckartor und in der Hohenheimer Straße übrig bleiben. Dies rechtfertigt dann am Ende keine flächendeckenden Fahrverbote für Dieselfahrzeuge der Euro-Norm 5.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, endlich werden auch die von uns immer wieder geforderten innovativen Technologien umgesetzt wie fotokatalytische Fassadenfarben, Filteranlagen, die Schadstoffe aus der Luft holen, Straßenbeläge, die Stickoxide binden. Alle diese Technologien kommen nun endlich zum Einsatz. Es hat lange gedauert, doch nach unserem Drängen wurden nun endlich klare Umsetzungstermine vereinbart – und das in der Koalition.

Dass wir keine flächendeckenden Fahrverbote für Euro-5-Diesel brauchen, dafür hat auch der Bund mit dem Bundes-Immissionsschutzgesetz gesorgt. Unter dem Wert von 50 Mikrogramm sind Fahrverbote unverhältnismäßig. Das ist Gesetz, und das gilt.

Wir hören oft, dass der Autoverkehr in den Städten reduziert werden soll. Dazu ist es in Stuttgart aber notwendig, den Talkessel von zusätzlichem Verkehr zu entlasten. Wir müssen daher beim Nord-Ost-Ring und bei der Filder-Auffahrt endlich weiterkommen. Das werden wir als CDU-Landtagsfraktion auch einfordern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann es verstehen, dass die Opposition mit ihren Anträgen versucht, politisches Kapital aus der Sache zu schlagen. Das ist legitim, aber auch durchschaubar. Vor allem die SPD muss sich schon fragen lassen, warum die SPD-Bundesumweltministerin keine Diskussion über Grenzwerte zulässt, warum die SPD-Bundesumweltministerin die Deutsche Umwelthilfe weiter mit Geld unterstützt, warum die SPD, lieber Kollege Selcuk, in Reutlingen innovative Maßnahmen wie Filteranlagen ablehnt und damit gerade um Fahrverbote bettelt. Und warum hat die SPD in ihrer Regierungszeit nichts, aber auch überhaupt nichts für die Verbesserung der Situation hier in Stuttgart getan?

Mit den neuen Messstellen sollen in Stuttgart flächendeckende Fahrverbote vermieden werden. Aber was macht die Stuttgarter FDP-Stadtratsfraktion daraus? – Statt dies zu befürworten – wie es vorhin Herr Rülke gesagt hat -, kritisieren Sie dort die Messstellen. Der Landesregierung werfen Sie Trickserei vor, obwohl die neuen Messstellen den neuen Rahmenrichtlinien entsprechen. Ja, was gilt denn nun bei der FDP? Wo sind Ihre Vorschläge? – Hier im Landtag machen Sie dicke Backen, und vor Ort, im Stadtrat, treten Sie aufs Bremspedal. Ihre durchsichtigen Anträge nehmen wir zur Kenntnis. Doch während Sie Papier bedrucken, handeln wir.

Deshalb stelle ich zum Schluss nochmals fest: Mit uns gibt es schon deshalb keine flächendeckenden Fahrverbote, weil wir sie nicht brauchen, um die gesetzlichen Vorgaben zu erreichen. Dies kommt in unserem Änderungsantrag, zu dem ich um Zustimmung bitte, deutlich zum Ausdruck.